

1 200 000 Lebensmittelpakete ausgegeben

Weitere Verteilung trotz Vopo-Schikanen — Neue Hilfsaktion angekündigt

Berlin (Eigenbericht). Rund 1,2 Millionen Lebensmittelrationen von je 10 Pfund sind innerhalb der ersten Woche der Lebensmittelaktion der Bundesrepublik und Westberlins an Bewohner der Zone und des Ostsektors ausgegeben worden. Damit ist die ursprünglich vorgesehene Zahl von einer Million Rationen, die bis zum 9. August ausgegeben werden sollten, bereits überschritten. Es wurde deshalb schon nach den ersten Tagen der Lebensmittelverteilung beschlossen, die Zahl der Rationen noch wesentlich zu erhöhen und die Ausgabezeit vorerst bis zum 15. August zu verlängern. Nach Abschluß der laufenden Aktion wird, wie die Bundesregierung bekanntgab, eine zweite ähnliche Aktion beginnen, bei der noch hochwertigere Lebensmittel ausgegeben werden sollen. Man ist entschlossen, der Bevölkerung der Zone und Ostberlins trotz der Reisesperre, der Beschlagnahmen und Schikanen durch die Volkspolizei die Lebensmittel zukommen zu lassen.

Der Andrang zu den Lebensmittel-Verteilungsstellen übertraf schon am ersten Tag der Aktion alle Erwartungen. Die Ausgabestellen waren auf die Verteilung von 80 000 bis 100 000 Rationen pro Tag vorbereitet, statt dessen wurden schon am ersten Tag 120 000 ausgegeben. Die Tagesquote stieg schließlich auf 200 000. Mit allen Mitteln versuchten die Westberliner Dienststellen die langen Wartezeiten für die Zonenbewohner zu verkürzen. In den Ausgabestellen wurde auch nachts durchgearbeitet, und mehrere Bezirksämter beschränkten sich auf einen Notbetrieb, um alle verfügbaren Kräfte für die Lebensmittelverteilung einzusetzen. Vor allem waren Stockungen dadurch entstanden, daß Lebensmittel zwar reichlich vorhanden waren, aber nicht schnell genug verpackt werden konnten.

In Berlin hat man den Besucherstrom aus der Zone und Ostberlin als echtes „gesamtdesisches Gespräch“ empfunden, als einen Beweis dafür, wie die Situation sein könnte, wenn Deutsche Deutschen frei und ungehindert helfen dürfen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft ist in dieser ersten Woche der

Lebensmittel-Aktion entstanden, die weit über die Grenzen Berlins hinausgeht. Westliche Beobachter betonten, daß sich erst jetzt im ganzen Ausmaß gezeigt habe, wie groß die Not in der Zone wirklich ist.

Die Pankower Ablehnung der Lebensmittelhilfe wurde immer wieder als ein Zeichen der Unmenschlichkeit dieses Regimes bezeichnet. Die Reisesperre und die Schikanen der Volkspolizei lösten in der ganzen Welt offene Empörung aus.

Der Strom der Zonenbewohner nach Westberlin ist aber auch als ein Beweis des Vertrauens der Zone zu der echten Hilfsbereitschaft des Westens gewertet worden. Die Zonenbewohner

selbst, die stundenlang geduldig auf ihre Rationen warteten, versicherten, sie betrachteten die Fahrt nach Westberlin als eine Art Abstimmung für den Westen und gegen die verlogenen Parolen der SED, in denen behauptet wird, die Lebensmittelverteilung diene zur Agentenwerbung. Ostbewohner, die ihre Rationen abgeholt hatten, lachten laut, wenn man sie nach ihrer Meinung über diese Behauptungen der SED fragte: „Alles Schwindel! Aber das wußten wir schon vorher.“

Zu den Namens-Listen, die die SED-Presse veröffentlichte mit dem Hinweis, die Namen dieser Personen, die sich Lebensmittel geholt hätten, seien in Westberlin registriert worden, um die Empfänger später zu Agentendiensten pressen zu können, stellte der Berliner Senat mit Nachdruck fest, an dieser Behauptung sei kein wahres Wort.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Angestellten der Ausgabestellen zu strengster Geheimhaltung verpflichtet sind und die Kartetten unter Wahrung aller Sicherheitsmaßnahmen aufbewahrt werden. Keine einzige Adresse wird an irgendeine Organisation weitergeleitet.

Das Gewissen der Welt wachgerüttelt

Geleitwort Jakob Kaisers zum „Tag der deutschen Heimat“

Berlin (DPA). Zum Tag der deutschen Heimat erklärte Bundesminister Jakob Kaiser in einem Geleitwort, daß der Juni-Aufstand das Gewissen der Welt wachgerüttelt habe.

„Es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt“, erklärt Kaiser,

„daß die Teilung Deutschlands einen Gefahrenherd sondergleichen bedeutet. Denn kein Land kann mit Beruhigung und Stabilisierung der internationalen Lage rechnen, solange ein zerrissenes Deutschland als stete Quelle der Unruhe inmitten Europas liegt.“

„Freie Wahlen“

F. H. Die Ost-West-Auseinandersetzung um die deutsche Frage ist bereits in vollem Gange, auch wenn das Zustandekommen einer Konferenz der vier Großmächte noch keineswegs sicher ist. Gäbe es eine feste Logik im Ablauf der politischen Entwicklungen, so müßte der gegenwärtigen Zeit des allgemeinen, unverbündlichen Diskutierens schließlich — und zwar in absehbarer Zeit — die offizielle, bindende Aussprache folgen. Das Problem der Wiedervereinigung ist reif, es ist längst überreif. Was jetzt geschieht, ist das Suchen nach Formen und Möglichkeiten, nach Ausgangspositionen sozusagen, um dem Unausweichlichen zu begegnen. Daß der erste Lösungsversuch des Deutschlandproblems unausweichlich ist, wird überall erkannt.

Grundsätzliche Einsicht

Diese grundsätzliche Einsicht dürfte ebenso in Moskau zu konstatieren sein (siehe „Prawda“-Artikel) wie in den USA, wo Eisenhower die entsprechenden Worte fand. Sie ist zu hören aus den Worten Bidaults und Butlers. Sie beherrscht die deutschen Menschen in West und Ost, und auch Pankow kann diese Situation nicht negieren. Gewiß würde das Zonenregime den augenblicklichen unbefriedigenden Zustand der deutschen Spaltung lieber stabilisiert sehen. Da das aber bei dem unaufhaltsamen und drängenden Fortgang der Ereignisse eine Illusion wäre, versucht Pankow, aus dieser Situation das Beste für sich herauszuholen.

Gibt es für Pankow überhaupt etwas dabei herauszuholen? Man weiß dort ganz genau, daß der Kernpunkt der ganzen Auseinandersetzung die Notwendigkeit freier Wahlen ist. Die SED sieht sich nun unter dem Druck der Verhältnisse ebenfalls gezwungen, „freie Wahlen“ zu fordern — ein zunächst erstaunliches Zugeständnis, aber nur ein scheinbares, da diese „freien Wahlen“ geknüpft sind an „Voraussetzungen“, aus denen keine freien Wahlen entstehen kön-

nen. Die Deutschen müßten sich erst über die Art der freien Wahlen klar werden, heißt es jetzt.

Pankower Schachzüge

Die Deutschen! Soweit es sich um „die Deutschen“ handelt, sind sie sich längst über den Begriff freier Wahlen klar. Differenzen bestehen nur zwischen den Deutschen und jenen, die durch fremde Truppen hungrnde deutsche Menschen beschießen ließen. Diese Differenzen sind unüberbrückbar; sie müssen es sein, weil die Pankower keinesfalls politischen Selbstmord begehen wollen. Man bemüht sich deshalb krampfhaft, den festen Begriff „freier Wahlen“ zu verwässern und seine Praktizierung in der westlichen Welt als Unfreiheit darzustellen. Dafür muß das Wahlgesetz der Bundesrepublik herhalten. Die Fünf-Prozent-Klausel, lediglich dazu bestimmt, das alte deutsche Übel der Parteienzersplitterung zu vermeiden, hindere von vornherein Millionen Wähler an einer echten Entscheidung. Ein solches Wahlgesetz (nach dem im übrigen KPD-Abgeordnete in hoher Zahl in den Bundestag marschieren können, wenn die Westdeutschen nur kommunistisch wählen würden) käme nach Ansicht der SED natürlich für gesamtdeutsche Wahlen nicht in Frage. Man müsse sich eben darüber unterhalten, deshalb: „Deutsche an einen Tisch“ und ein Wahlgesetz ausgearbeitet —, das auf diese Weise praktisch nie zustande kommen kann, weil es kein Sicherungsgesetz für die SED-Herrschaften werden darf.

Zuerst Taten!

Auf diese Weise kommt man der Lösung des Problems nicht näher, man würde sich vielmehr von ihr entfernen. Nach den empfindenen letzten „Wahlen“ in der Zone kann niemand in der Welt an einen Sinnungswechsel der Machthaber glauben. Das könnte erst dann geschehen, wenn sie ihre Ansichten nicht nur durch Worte kundtun würden, sondern durch die Tat: durch freie Wahlen in ihrem Machtbereich. Solche schlagenden Beweise aber stehen noch aus, und sie werden weiter

ausstehen. Doch nehmen wir einmal an, es würden tatsächlich freie Wahlen in der Zone ermöglicht, so würden die aus solchen freien Wahlen hervorgegangenen Männer sofort als deutsche Gesprächspartner über ein gesamtdeutsches Wahlgesetz akzeptiert werden.

Großmächte verantwortlich

Solange dies nicht geschieht, solange keine frei gewählten Vertreter der Sowjetzonenbevölkerung vorhanden sind, müssen sich die Großmächte zunächst mit diesen Fragen befassen, ohne Mitsprache der Pankower Marionetten. Eine Verständigung der Deutschen untereinander braucht nicht erst geschaffen zu werden, da sie besteht. Was die Großmächte den Deutschen schaffen müssen, ist die Möglichkeit, diese bestehende gesamtdeutsche Verständigung politisch wirksam werden zu lassen. Das ist auch die Voraussetzung für den von östlicher Seite so beharrlich geforderten Friedensvertrag, wenn dieser kein Diktat werden soll. Es geht bei künftigen Vierergesprächen mehr denn je um die Ehrlichkeit des Willens, um den guten Willen aller Teilnehmer. Haben die Sowjets tatsächlich ein Gefühl der Bedrohung, so würde es dienlicher sein, dieses zu definieren, als sich der konstruierten Propaganda-Argumentation der SED zu bedienen, deren Unaufrichtigkeit offensichtlich ist.

Entspannung ist möglich

Besteht auf beiden Seiten tatsächlich dieses starke dominierende Bedürfnis nach Sicherheit — und auf deutscher Seite besteht es unwiderlegbar —, dann könnte das zur Grundlage einer Entspannung mit allen positiven Konsequenzen werden. Vorausgesetzt allerdings, daß in der Sowjetunion das Bedürfnis nach Sicherheit dominierend über der alten Politik aggressiver Welt Eroberung steht und man tatsächlich gewillt ist, ernste Spannungsgebiete wie die heutige Sowjetzone endgültig zu befriedigen. Auch wenn das auf Kosten eines unfähigen Regimes gehen sollte, das die Sowjetunion ohne weiteren Prestigeverlust ohnehin nicht länger stützen kann.

Pankow ist nicht legitimiert

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Otto Grotewohls Forderung vor der Volkskammer nach gesamtdeutschen Beratungen zwischen „bevollmächtigten Vertretern der Bundesregierung“ und der Sowjetzonenregierung ist in Bonn einmütig abgelehnt worden. Der Pressedienst der CDU/CSU erklärte zu der Grotewohl-Rede, die weltpolitische Entwicklung sei über Grotewohl und seine Regierung längst hinweggegangen. Die Bevölkerung der Zone habe mit aller Deutlichkeit demonstriert, daß sie mit dieser Regierung nichts zu tun habe. Mit ihr könne man deshalb nicht verhandeln. Unser Bonner Korrespondent meldet, in Regierungskreisen werde erklärt, man sei nicht bereit, mit einer Regierung in Verhandlungen einzutreten, von der am 17. Juni endgültig klar geworden sei, daß sie in keiner Weise legitimiert ist, für die Bevölkerung der Sowjetzone zu sprechen. Das Angebot Grotewohls enthalte kein neues Element.

Recht auf Heimat

Köln (DPA). Vor über 250 000 Schlesiern bekräftigte Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem vierten Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien in Köln seine Überzeugung, daß auch für die Schlesier der Tag der Rückkehr in die Heimat kommen werde.

„Ich bin tief davon überzeugt“, sagte der Kanzler, „daß Recht letzten Endes Recht bleiben wird. Wenn ihr in euren Herzen die schlesische Heimat nicht vergesst, werdet ihr eines Tages zurückkehren.“ Deutschland wolle keinen Krieg, es wolle in Geduld, Beharrlichkeit, Klugheit und Ausdauer immer dafür eintreten, daß das natürlichste Recht des Menschen, das Recht auf Heimat, gewährt wird.

37 000 Wohnungen

Bonn (AP). Rund 37 000 Bergarbeiterwohnungen sind im vergangenen Jahr fertiggestellt worden, gab das Bundeswohnungsbauministerium bekannt.

Interzonenpässe abschaffen!

Forderung der Exil-CDU — Tagung in Königswinter

Bonn (Eigenmeldung). Der Hauptvorstand der Exil-CDU hielt unter Vorsitz von Jakob Kaiser in Königswinter eine Sitzung ab, in der er sich eingehend mit der politischen Situation in der Sowjetzone befaßte. Der Vorstand gab der Überzeugung Ausdruck, daß die heroischen Opfer des 17. Juni und die neuerliche Verschärfung des Gewaltkurses der Pankower Machthaber das freie Deutschland zu einem Höchstmaß politischer und menschlicher Hilfe für die Sowjetzone verpflichten. Der Vorstand begrüßt die entsprechenden Bemühungen der Bundesregierung und bejaht insbesondere auch das Bemühen

um Viermächteverhandlungen zum Zwecke der Wiedervereinigung in Freiheit. Dabei darf die Bundesrepublik in ihrer Entschlossenheit zur Verteidigung und Sicherheit nicht nachlassen.

Als nächsten praktischen Schritt zur Wiedervereinigung schlägt die Exil-CDU eine völlige Freigabe des Personenverkehrs zwischen dem Bundesgebiet und der Sowjetzone vor. Die Bundesregierung soll deshalb die westalliierten Oberkommissare ersuchen, der sowjetischen Besatzungsbehörde den Verzicht auf den Interzonenpaßzwang vorzuschlagen.

Die Lawine der Not

Wer in der vergangenen Woche mit offenen Augen durch Berlin gegangen ist, für den muß alles zweitrangig sein neben dem erschütternden Eindruck, den die Gesichter und Gestalten von Hunderttausenden vermitteln. Diese Menschen haben Hunger! Das ändert man nicht mit einem Reiseverbot nach den Berliner Bahnhöfen. Die Lawine der Not, die durch die Sowjetzone nach Berlin rollt, zwingt jeden zu einer nüchternen Klarheit.

Aufgabe der Politik ist es, den Lebensstandard zu erhöhen und jedem das Bewußtsein existentieller Sicherheit zu geben. Beides besitzen diese Hunderttausende, die hier stellvertretend für achtzehn Millionen erscheinen, nicht. Eine Bevölkerung, die Jahr für Jahr das Notwendigste entbehren muß, hat keinen „Lebensstandard“; wer alle Strapazen auf sich nimmt, um einmal Milch und Fett zu bekommen, fühlt sich nicht geborgen unter der Führung einer pflichtbewußten Regierung. Eine Regierung, die jahrelang im Amt ist und krampfhaft Anstrengungen macht, sich im Amt zu halten, ohne das Hungergefühl der Regierten stillen zu können, ist eine isoliert lebende Clique ohne jede Bindung zum Volk. Sie ist obendrein eine Clique vollendeter Zyniker, die zu der

terroristischen Methode einer Eisenbahnsperrung greift und mit Worten die nutzlose Taktik des „Als ob“ anwendet: als ob die Zone vollwertige Lebensmittel hätte, als ob die Zonenbewohner auf Lebensmittelgeschenke verzichten könnten, als ob... als ob...

Bedarf diese Situation noch einer weiteren Darstellung? Nein, die Zustände zwischen Elbe und Oder sind jetzt klar, völlig klar. Die Tatsache, daß man dem friedlichen Massenansturm auf die Westberliner Ausgabestellen organisatorisch nicht von vornherein voll gewachsen war, beweist nur, daß man das tatsächliche Ausmaß der Not noch unterschätzt hatte. Nun aber weiß man Bescheid. Und daraus ergibt sich für alle, die sich Politiker nennen, die erhöhte Verpflichtung, für die dauernde Befriedigung von achtzehn Millionen Deutschen zu arbeiten.

Die Zonengewaltigen glauben nicht, daß eine Bereitschaft, zu helfen, dieses natürliche Empfinden des Mitleids und der Anteilnahme, ohne „politische Absichten“ bestehen kann. Sie offenbaren damit nur, wie wenig sie selbst zu Hilfsaktionen ohne propagandistisch-egoistische Hintergedanken fähig wären.

8 Punkte zur deutschen Wiedervereinigung

Dokumente der Bundesregierung — Memorandum an Eisenhower

Bonn (AP). Das Auswärtige Amt hat eine Zusammenstellung der neuesten Dokumente zur Frage der Wiedervereinigung veröffentlicht, in der ein bisher noch nicht bekanntes Memorandum des Bundeskanzlers an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower vom 29. Mai 1953 enthalten ist. Es umfaßt acht Punkte:

1. Die Wiedervereinigung könne nur durch freie Wahlen erfolgen. Die Freiheit der Wahl müsse durch internationale Kontrolle gesichert sein. Die notwendigen Voraussetzungen für freie Wahlen müßten nicht nur am Wahltag, sondern auch davor und danach gegeben sein.

2. Auf Grund dieser Wahlen solle eine gesamtdeutsche Regierung gebildet werden.

3. Die gesamtdeutsche Regierung müsse frei von fremder Kontrolle sein. Diese Freiheit müsse vor und nach Aushandlung des Friedensvertrages gewährleistet sein.

4. Die gesamtdeutsche Regierung müsse das Recht haben, sich zu friedlichen Zwecken mit

anderen Nationen zusammenzuschließen.

5. Die deutsche Regierung müsse von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an Friedensvertragsverhandlungen teilnehmen.

6. Im Friedensvertrag müsse

das Recht auf die Heimat berücksichtigt werden.

7. Keine deutsche Regierung könne die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Deutschland werde die Lösung territorialer Fragen in einem Geist friedlicher Zusammenarbeit anstreben.

8. Der EVG-Vertrag begrenze die zukünftigen Streitkräfte der Bundesrepublik und gewährleiste damit die Sicherheit ihrer Nachbarn. Deutschland rechne seinerseits damit, daß auch seine Sicherheit gewährleistet wird.

Empörung über den Vopo-Terror

Scharfes Welt-Echo auf den Boykott der Lebensmittel-Aktion

Berlin (Eigenmeldg./AP/DPA). Das rigorose Vorgehen der Volkspolizei gegen die aus Westberlin zurückkehrende Bevölkerung der Sowjetzone, die Beschlagnahmen der westlichen Lebensmittelpenden und die Fahrkartensperre haben im west-

lichen Ausland ein ungewöhnlich starkes Echo ausgelöst. Schlagzeilen fast aller demokratischen Zeitungen befassen sich mit diesen Vorgängen und verurteilen unabhängig von ihrer Parteilichung die Anordnungen der Sowjetzonenregierung.

So erklärt der Londoner „Daily Telegraph“: „Die ganze Unmenschlichkeit der kommunistischen Herrschaft kommt in den jetzt ergriffenen Maßnahmen zum Ausdruck. In der Praxis bedeutet der Kommunismus überall das gleiche: Wohl und Freiheit der Masse des Volkes werden rücksichtslos einer Theorie der Regierung oder dem Machthaber der herrschenden Clique geopfert.“

„News Chronicle“ sagt: „Die Maßnahmen offenbaren den fürchterlichen Bankrott eines Regimes, das aus Furcht vor den politischen Auswirkungen einer christlichen Handlung Gewalt anwendet.“

„Basler Nachrichten“ schreiben: „Die Einstellung des Fahrkartensverkaufs ist ein klares Eingeständnis der Niederlage.“

„Neue Zürcher Zeitung“: „Die Tatsache, daß sich das Regime gezwungen sieht, zu solchen Maßnahmen zu greifen, zeigt, wie sehr es von der Bevölkerung getrennt ist.“

„Journal de Genève“ stellt fest: „Die kommunistischen Führer ziehen es also vor, daß die Arbeiter Hunger leiden, anstatt ihnen zu erlauben, an dieser einfachen menschlichen Aktion teilzunehmen.“

Sicherheit für alle

Vorschlag des Bundeskanzlers — Wiedervereinigung kein Monopol

Dortmund (DPA). In einer Rede in der Dortmunder Westfalen-Halle erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer zu seinem Brief an US-Außenminister Dulles, er habe vorgeschlagen, daß die EVG der Ausgangspunkt für ein Sicherheitssystem sein solle, das die Sicherheitsbedürfnisse aller europäischen Völker einschließlich des russischen Volkes befriedige. Er habe in dem Brief außerdem den Wunsch nach einer Viermächte-Konferenz spätestens im Herbst vertragen, auf der die Deutschlandfrage behandelt werden solle.

Der Kanzler wandte sich dagegen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands als das Monopol einer Partei angesehen werde. Alle Parteien außer der KPD seien sich über die Wichtigkeit der Wiedervereinigung einig.

NATO-Stärke wächst

Washington (DPA/AP). Der NATO-Oberbefehlshaber General Gruenther hat in einer Ge-

heimsetzung des Bewilligungsausschusses des US-Senats die Überzeugung ausgesprochen, daß die Sowjetunion keinen Krieg in Europa vom Zaun brechen wird. „Ich glaube nicht, daß es überhaupt jemals zum Krieg kommt. Wir werden dafür sorgen, daß es niemals Kriege gibt“, erklärte Gruenther.

Teile des Protokolls über die Äußerungen Gruenthers in der Geheimsetzung, die bereits vor einer Woche stattfand, sind jetzt veröffentlicht worden. Danach wies Gruenther darauf hin, daß die Sowjetunion und die anderen kommunistischen Staaten in Osteuropa der NATO an militärischer Stärke überlegen seien, die Stärke der NATO jedoch stetig zunehme. Es gelte jetzt, in den eigenen Anstrengungen nicht nachzulassen.

Unter Hinweis auf die Juni-Unruhen in der Sowjetzone und den anderen Ostblock-Staaten sagte Gruenther: „Meine Auffassung ist, daß zu keiner Zeit weniger Anlaß für ein Nachlassen bestand als jetzt.“

Ulbricht leugnet den Juni-Aufstand

Forderungen der Arbeiter abgelehnt — Die neuen Richtlinien für die SED

B. Ma. Walter Ulbricht hat versucht, die Fahne der SED erneut aufzupflanzen. So etwa könnte man die Bedeutung der EntschlieÙung über „den neuen Kurs und die Aufgaben der Partei“ umreiÙen, die das SED-Zentralkomitee vom 24. bis 26. Juli 1953 beschlossen hat. Ulbrichts Name ist ein Programm — dieses Programm wurde Anfang Juni durch den „neuen Kurs“ unterbrochen, es endete am 17. Juni. Sechs Wochen hat man gebraucht, um es nun erneut aufzustellen.

Etwa 12 000 Worte umfaÙt die EntschlieÙung des SED-Zentralkomitees. Aus jedem Satz, jeder Formulierung spricht Ulbricht. Diese 12 000 Worte sind das neue Glaubensbekenntnis für die SED-Mitglieder, die seit dem 17. Juni begonnen hatten, selbstständig nachzudenken. Ein Glaubensbekenntnis und eine unverhüllte Drohung. Und eine politische Kriegserklärung an das deutsche Volk.

„Nur 5 Prozent“

Denn nichts anderes bedeutet es, wenn der Mann, dessen Abtreten am 17. Juni einstimmig gefordert wurde, jetzt erklärt: „Nur etwa fünf Prozent der Arbeiterschaft haben an Streiks teilgenommen. Die Mehrheit der Bevölkerung der DDR, besonders der Arbeiterklasse, hat die Provokateure nicht unterstützt, sondern zurückgewiesen.“ Zu deutsch: Die Forderungen des 17. Juni werden nicht als Forderungen anerkannt.

Gleichzeitig zeigt Ulbricht die Waffen, mit denen er bereit ist, jeden Ansturm gegen diese ungeheuerliche Behauptung zurückzuschlagen: Den Arbeitern droht er mit „Enttarnung feindlicher Elemente in den Großbetrieben“. Das bedeutet Prozesse gegen jeden, der sich noch zu rühren wagt. Es wird nur noch unterstrichen durch die Feststellung, Justizminister Fechner habe sich als „Staatsfeind“ gezeigt, als er die Gerichte anwies, Streikende nicht zu bestrafen. Kürzer und deutlicher ausgedrückt: Wer streikt, hat künftig mit Höchststrafen zu rechnen.

Produktionsgenossenschaften

Mit der gleichen Deutlichkeit wird der bürgerlichen Bevölkerung der Kampf angesagt: „Die Partei hat nur ungenügend den Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien geführt.“ Den Bauern: „Besondere Aufmerksamkeit muß die Partei der wirtschaft-

lichen und organisatorischen Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zuwenden.“ Daß dabei ein Rückzug zum „Prinzip der strengsten Freiwilligkeit“ gemacht wird, ist nur ein taktisches Manöver, das genau der ersten Aufforderung zur Bauernverfolgung auf der II. SED-Partei-Konferenz im Juli 1952 entspricht.

Den Künstlern und Intellektuellen gibt Ulbricht die neue alte Richtlinie: „Der Kampf für den Realismus wird fortgesetzt.“ Die „Entspannung“ in den Beziehungen zur Kirche wird sofort negiert: „Die Partei wird selbstverständlich jeden Versuch bekämpfen, die Kirche oder kirchliche Einrichtungen zur Unterwühlungsarbeit gegen die DDR auszunützen.“

Mehr Polizei, mehr Prozesse

Der ganzen Sowjetzone aber wirft Ulbricht die Erklärung hin, daß es künftig noch härtere Prozesse, noch mehr Polizei, noch mehr Terror geben wird. In seiner Sprache heißt das: „Die weitere Festigung der demokratischen Ordnung und die strenge Einhaltung der demokratischen Gesetzlichkeit sind wichtige Bestandteile des neuen Kurses... Gleichzeitig ist die Staatsmacht weiter zu festigen... Die Wachsamkeit gegenüber den Feinden des demokratischen Aufbaus ist zu erhöhen.“

Nichts wird zurückgenommen. Was seit Beginn des neuen Kurses versprochen wurde, ist annulliert. Normensenkung? — „Die Produktivität der Arbeit ist ständig zu steigern und die Arbeitsdisziplin zu verbessern.“ Milderer Kurs? — „Es war richtig, daß unsere Partei Deutschland auf den Weg des Sozialismus führte und in der DDR mit der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus begann. Diese Generallinie der Partei ist und bleibt richtig.“

Das ist der entscheidende Satz. Er besagt unmißverständlich, daß sich am politischen Kurs in der Sowjetzone nie etwas ändern sollte und, solange es nach Ulbricht geht, nie etwas ändern wird. Er zielt besonders auf die Mitglieder der SED selbst, die Ulbricht „enger um das Zentralkomitee“ zusammenschließen entschlossen ist. Und das Zentralkomitee ist Ulbricht, dem es gelungen ist, nun die letzten zwar noch linientreuen, aber als Persönlichkeiten profilierten Spitzenfunktionäre abzustößen: Zaisser, Herrstadt, Ackermann. Indem er sie alle beseitigt, hofft Ulbricht, die SED aus der Krise zu retten. In der SED darf es künftig keine Diskussion mehr geben, keine Frage. Daher die Drohung, mit Schärfe „gegen alle Erscheinungen der Fraktionstätigkeit, feindlichen Propaganda und Disziplinlosigkeit“ innerhalb der Partei anzugehen.

Nicht eine einzige Bevölkerungsgruppe oder Massenorganisation ist in dem neuen Marschbefehl der SED ausgelassen. Die Reste der Versprechungen über einen „neuen Kurs“ sind nur noch wie ein dünner Schleier sichtbar: Verbesserung der Versorgung, Initiative der privaten Wirtschaft, Preissenkungen und Steuererleichterungen. Nur wie das zu erreichen ist — das bleibt ungesagt.

An zwei Zahlen ist zu erkennen, daß sogar das Versprechen der Einschränkung der Schwerindustrie und damit die Aussicht auf bessere Konsumgüterversorgung nicht mehr gilt: Die Produktion der Schwerindustrie soll im Jahre 1953 um 5,5 bis 6 Prozent weiter steigen! Zurückgenommen wurde lediglich die Steigerung um 13 Prozent — die doch nicht zu erreichen war.

Ulbricht hat der SED und der Bevölkerung der Zone seine Trumpfkarte auf den Tisch gelegt: Terror nach dem Kurs, der immer in der SED galt. Die Bevölkerung der Zone wird sich nach dem 17. Juni damit nicht zufriedengeben.

Stalins Tod, wie er wirklich war

Von Eddy Gilmore, Korrespondent der Associated Press

Der Verfasser des folgenden Artikels hat nach elfjährigem Aufenthalt in Moskau als Leiter des dortigen Büros der AP endlich die Sowjetunion verlassen können, da seine Familie die lange verweigerte Ausreiseerlaubnis erhielt. Er schildert hier Einzelheiten der Vorgänge um Stalins Tod, die in seinen damaligen Berichten aus Moskau nicht hätten geschrieben werden können.

An jenem März morgen klingelte mich das Telefon aus dem Schlaf. Am anderen Ende meldete sich das Büro der TASS und eine Stimme: „Herr Gilmore, ich wollte Ihnen mitteilen, daß in Kürze eine Presseverlautbarung über die ernstliche Erkrankung des Vorsitzenden des Ministerrates, Genossen Joseph Stalin, herausgegeben wird.“ Ich zog die Hose über den Schlafanzug, stülpte die Pelzmütze auf und rannte zum Telegrafienbüro — und zur Zensurstelle.

Nie habe ich so viele Menschen auf Moskaus Straßen gesehen wie in den Tagen um Stalins Tod. Menschen, die den zu seinen Lebzeiten gottgleich Entrückten zum erstenmal von nahem zu sehen bekommen konnten, als er aufgebahrt im Säulensaal des Gewerkschaftshauses lag, drängten sich zu Tausenden und aber Tausenden nach dem merkwürdigen Schau-

spiel. Viele ließen echte Beklammersuchen erkennen, und über diese durften wir schreiben. Die große Masse war offensichtlich von nichts als der Neugier bewegt.

Gelegentlich ging auch die Kontrolle über die Menschenmassen verloren. In einer Seitenstraße sah ich berittene Polizisten mit Knüppeln gegen einen Volkshaufen vorgehen.

Natürlich schwirrte Mokuw von Gerichten. Es sei nicht die Wahrheit, was über den Tod des „Stählernen“ verbreitet worden war. Er sei ermordet worden. Der Tote sei nicht Stalin. Oder: Stalin sei längst tot gewesen, als seine Erkrankung bekanntgegeben wurde. Meine eigenen Beobachtungen sprechen

eher dafür, daß sich alles so zutrug, wie es auch die offizielle Lesart hatte.

Ich kam in jenen Tagen der ärztlichen Bulletins täglich mehrmals am Kreml vorbei. Stets herrschte ein reger Verkehr durch die beiden Zufahrtstore am Roten Platz und am Moskwa-Ufer.

Dann eines Tages hatte dieser Wagen- und Menschenverkehr durch die Kreml-Tore aufgehört. Am nächsten Morgen kam die Bekanntmachung des Todes. Und der Leichnam des Gewaltigen wurde für einige Zeit — nicht gerade lange Zeit — an jenem Orte aufgebahrt, an dem, rein zufällig war dieses Zusammentreffen vielleicht, einst Stalins Säuberungsprozesse über die Bühne gegangen waren, die seine Macht und seinen Mythos geschaffen hatten.

Zweimal „Weg ohne Umkehr“

Soldat von der Wache des Sowjet-Denkmal geflüchtet

Berlin (DPA). Ein Soldat von der Wache am sowjetischen Denkmal im Tiergarten desertierte in der Nacht von seinem Posten. Die britischen Behörden haben ihm politisches Asyl zugesichert. Der 20jährige Soldat hielt sich zwei Stunden lang im Buschwerk des Tiergartens verborgen, während andere Angehörige der Wache mit schußbereiter Maschinenpistole nach ihm suchten.

Er warf dann Mütze, Schulterklappen und Pistole weg und kam schließlich an eine Stelle, wo gerade Aufnahmen zu dem Film „Weg ohne Umkehr“ gedreht wurden, in dem in einer Szene die Flucht eines Russen aus Ostberlin in den Westen gezeigt werden soll. Mitten in diese Szene — an den Hauptdarstellern Iwan Desny und Ruth Niehaus vorbei — lief plötzlich der junge russische Soldat. Wie er dem Regisseur Victor Vicas, der fließend Russisch spricht, erklärte, sei er nach einer Drohung seines Vorgesetzten geflüchtet.

Der Geflüchtete wurde später den britischen Behörden übergeben.

Otto Nuschke war nicht ermächtigt

Falsche Erklärung vor der Volkskammer abgegeben

Berlin (Eigenmeldung). Zu einer Erklärung, die Otto Nuschke am Donnerstag vor der Volkskammer abgegeben hat, veröffentlichte die Katholische Nachrichten-Agentur (KNA) eine Richtigstellung. Gleichzeitig wird betont, Nuschke sei seitens der katholischen Kirche nicht zu irgendeiner Erklärung ermächtigt worden.

Otto Nuschke hatte behauptet, die christlichen Kirchen hätten ihn ermächtigt, zu erklären, daß sie es abgelehnt hätten, Lebensmittel „aus der USA-Spende in die Sowjetzone“ zu senden. Dazu stellt KNA fest, daß die

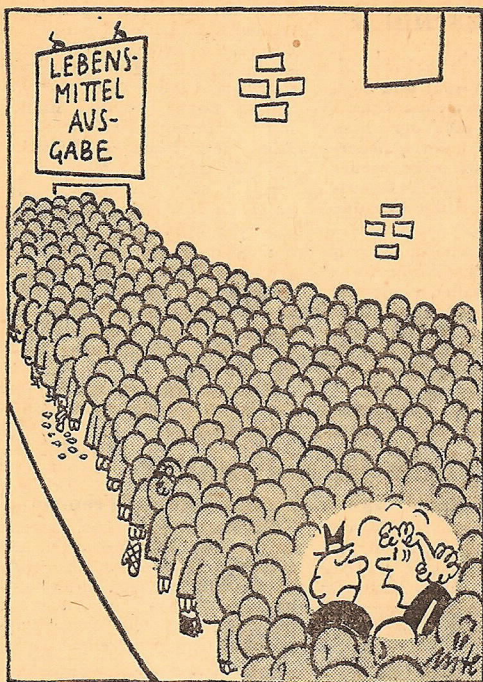
Nichtbeteiligung der katholischen Wohlfahrtsorganisation an der Lebensmittelverteilung, wie sie gegenwärtig in Berlin erfolgt, rein sachliche Gründe hat und mit irgendwelcher politischen Beurteilung nicht in Zusammenhang gebracht werden kann.

Eiserner Vorhang

Wien (AP). Nach dem Beispiel Ungarns verstärkt neuerdings auch die Tschechoslowakei die Bewachung ihrer Grenze gegen Österreich mit neuen Bunkern, Wachtürmen und dichter gezogenen Stacheldrahtverhauen, die elektrisch geladen sind.

Lockerung in Ungarn

Budapest (DPA). Die ungarische Regierung hat eine Amnestie verkündet und gleichzeitig eine Reihe anderer Lockerungsmaßnahmen bekanntgegeben. Die Konzentrationslager in Ungarn sollen bis 31. Oktober abgeschlossen werden. Ferner werden Verordnungen über die Anweisung eines Zwangsaufenthalts für bestimmte Personengruppen aufgehoben. Auch für die Landwirtschaft werden Erleichterungen geschaffen.



„Was heißt lange? Warten wir nicht drüben schon seit 1945?!“

Das große Vorbild

Der Zug hält am Sperrsignal anderthalb Werst vorm Bahnhof Krutika, an der Linie Moskau—Swerdlowsk. Vierzig Minuten verstreichen, ohne daß sich was regt. Schließlich macht sich der Genosse Lokomotivführer fluchend auf den Weg zur Station: „Die müssen ja schließlich wissen, was los ist!“ Doch zu seiner Überraschung sieht er schon auf dem Weg, daß die Strecke frei ist. Das Signal zeigt trotzdem nach wie vor „gesperrt“, und auf dem Bahnhof ist keine Menschenseele, die es aufziehen könnte.

In seinem Dienstzimmer hockt der Stationsvorsteher, Genosse Uschakow, am Schreibtisch, den Kopf tief in beide Arme vergraben und schläft laut schnarrend den Schlaf des Gerechten. Genosse Temtschenko weckt ihn nicht gerade zart. Aber: „Was willst du denn eigentlich“,

brummt der Gemütsmensch von Stationsvorsteher. „Es kann doch gar nichts passieren. Ich habe ja das Signal heruntergelassen. Die Strecke ist doch nicht frei...“

Diese Episode ist wortwörtlich im „Gudok“, dem Organ der sowjetischen Eisenbahner, nachzulesen, und auch die Geschichte jenes Bahnhofsvorstehers steht dort, der einem wutschnaubenden Reisenden das Beschwerdebuch mit diesen Worten vorenthielt: „In unser Beschwerdebuch geht gar nichts mehr rein. Das ist längst voll. Es hat gar keinen Zweck, daß ich es Ihnen gebe.“

Man wird den braven Bahnhofsgewaltigen ohne weiteres verstehen können, wenn man sich einmal von Augenzeugen die Zustände auf anderen sowjetischen Bahnstationen schildern läßt.

Nur flüstern . . .

Der neue Titel

Ein leitender ungarischer Funktionär, als Analfabet bekannt, pflegte alle Schriftstücke, die ihm seine Untergebenen zur Unterschrift vorlegten, mit zwei Kreuzen zu unterzeichnen. Eines Tages bemerkten seine Mitarbeiter, daß ihr Chef jetzt noch einen Punkt vor die Kreuze setzte.

„Genosse“, staunte einer, „warum machst du denn jetzt immer den Punkt davor?“

Der Funktionär lehnte sich stolz in seinen Sessel zurück: „Das will ich euch sagen, Genossen — das ist mein Titel. Ich bin jetzt nämlich Doktor!“

Fix und fertig

„Nun — haben Sie mir meine Rede für die Schulungsstunde über den neuen Kurs ausgearbeitet?“ fragte der SED-Funktionär seine Sekretärin.

„Jawohl, Genosse“, entgegnete die, „ich habe auch bereits die Fragen und Antworten für die anschließende freie Diskussion zusammengestellt...“

Mal fragen!

Zwei Männer, die sich beim Überschreiten einer Straße nicht an die Verkehrsregeln gehalten hatten, wurden von einem Polizisten angehalten und zur Zahlung eines Strafmandates aufgefordert.

Der eine nimmt widerspruchslos seine Brieftasche zur Hand und zahlt den Betrag. Der andere aber ruft empört: „So eine Frechheit! Werden denn Helden der Sowjetunion bestraft?“

Der Polizist fährt zusammen, grüßt stramm und stammelt entschuldigend: „Aber natürlich, Genosse; Helden der Sowjetunion sind ausgenommen.“

Als er um die nächste Ecke verschwunden ist, fragt der eine den anderen: „Bist du denn verückt geworden? Du bist ebensowenig Held der Sowjetunion wie ich!“

„Das weiß ich“, entgegnet der, „aber man wird doch wohl fragen dürfen...“

Kurze Erklärung

Als Wilhelm Pieck kürzlich in Moskau war, wollte er dort ein Taxi benutzen. Höflich, wie es sich für einen ausländischen Genossen in der UdSSR ziemt, fragte er den Chauffeur: „Sind Sie frei?“

Der Chauffeur lächelte freundlich zurück und entgegnete: „Nein, Genosse, ich bin doch Sowjetbürger...“

München zeigt seine Kunstschatze

Neuordnung der Staatsgemälde-Sammlungen

In diesen Tagen wurde in München — ohne Festakt und ohne Reden — eine Galerie eröffnet, die Bayerns wertvollsten Kunstbesitz zeigt. Bei Kriegsausbruch waren die Werke der Alten und Neuen Pinakothek sowie der Neuen Staatsgalerie sichergestellt worden, konnten aber nach Kriegsschluß nicht wieder in die alten Räumlichkeiten zurückkehren, da die Gebäude ausgebrannt waren. Nur ein kleiner Teil der wertvollsten Gemälde war zu besichtigen.

Jetzt hat Prof. Dr. Ernst Buchner, Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemälde-Sammlungen, eine Neuordnung vorgenommen und dabei die seit 1939 nicht mehr gezeigten Meisterwerke der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht. Der gesamte Westbau vom „Haus der Kunst“ ist für die Ausstellung der Gemälde und Plastiken der Alten Pinakothek und der Neuen Staatsgalerie geräumt und so geschickt hergerichtet worden, daß trotz enger Hängung der Bilder eine übersichtliche und harmonisch aufgegliederte Galerie mit 610 Kunstwerken entstanden ist.

Wenn man auch die beiden Pinakotheken und die Staatsgalerie vor 1939 kannte, so hatte man doch weitaus vergessen, was alles sie besaßen, und ist nun ehrlich erstaunt über Zahl und Wert der Münchener Kunstschatze. Man findet hier u. a. Meister der kölnischen und westfälischen Spätgotik, Rogier v. d. Weyden, Memling, Pacher, Dürer, Cranach d. Ä. Grünewald, Altdorfer und Holbein. Verhältnismäßig reichhaltig ist die Sammlung der Niederländer des 17. Jahrhunderts mit Rembrandt an der Spitze und den welt-

berühmten Bauern- und Kneipszenen Adrian Brouwers.

Die großen Italiener sind vertreten mit Werken von Botticelli, Perugino, Raffael, Giorgione, Tizian, Tintoretto, Tiepolo, die großen Spanier mit El Greco, Velasquez, Murillo.

Das 19. und 20. Jahrhundert zeigen sich von ihrer besten

Seite mit den Deutschen Marées, Hildebrand, Leibl, Thoma, Liebermann, Slevogt, Corinth, Koschka, mit den Franzosen Courbet, Corot, Gauguin, Cezanne, Degas, Rodin, Maillol, mit den Schweizern Hodler und Klee, dem Italiener Segantini, mit van Gogh und Munch.

Der Besuch der Galerie wäre allein schon lohnend, wenn man nur den Mittelsaal besichtigte, der jetzt zweigeteilt ist. Den größeren Raum erfüllt Rubens, dessen beste Werke sich weit aus in München befinden, den kleineren Raum beherrscht sein vornehm zurückhaltender Schüler van Dyck.

München hat jetzt wieder eine der bedeutendsten westeuropäischen Galerien.

Muße ist notwendig

Die internationale Tagung „Wissenschaft und Freiheit“

Für über hundert Wissenschaftler aus 19 Nationen, die an der internationalen Tagung „Wissenschaft und Freiheit“ teilnehmen, veranstaltete der Hamburger Senat einen Empfang.

Zum Thema „Staatliche Subventionen und akademische Freiheit“ sprachen die Professoren Samuel Allison, Chicago, Jean Thibaud vom Institut für Atomphysik, Lyon, und Ludwig Raiser von der deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg.

Prof. Thibaud, Lyon, wies auf die Gefahr hin, die vor allem in einer zentralisierten Förderung durch eine staatliche Stelle der Freiheit drohe.

Die Diskussion ergab, daß die technischen Wissenschaften die geistigen Wissenschaften unverhältnismäßig weit hinter sich gelassen haben und daß es unmöglich sei, die totale wissenschaftliche Freiheit zu

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Preisausschreiben der Akademien

Vier Preise von je 1000 Mark hat die Studiengemeinschaft der evangelischen Akademien für die Bearbeitung folgender Themen ausgesetzt:

1. Die Familie des Arbeiters — Ursachen ihrer Gefährdung und Maßnahmen zu ihrer Erhaltung. — 2. Mensch und Leistung. — 3. Wesen und Entstehung gemeinschaftsbildender Symbole in der Gegenwart. — 4. Die Stellung von Friedrich Engels in der Frühgeschichte des Marxismus.

An dem Preisausschreiben kann sich jeder beteiligen; die Arbeiten müssen bis 15. Dezem-

ber 1953 beim Sekretariat der Studiengemeinschaft der evangelischen Akademien, Bad Boll, eingereicht sein.

Neuer Flugrekord

Ein neuer inoffizieller Rekord für die West-Ost-Überquerung des Atlantischen Ozeans ist von einem amerikanischen Düsenbomber erzielt worden. Er benötigte für den Flug von Limestone (Maine) nach Fairford (etwa 120 Kilometer westlich von London) nur vier Stunden und 45 Minuten, während die bisherige Rekordzeit fünf Stunden und 22 Minuten betrug.

sichern, solange das Wort Wissenschaft im Westen und im Osten verschieden aufgefaßt wird. Unter großem Beifall der Versammlung wies Prof. Andrade (London) darauf hin, daß man neben der Freiheit und der Gabe des Forschens bei der Suche nach der letzten Wahrheit nicht die Muße außer acht lassen dürfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.